



3. Fachaustausch zu Ansätzen der Öffentlichkeitsbeteiligung und finanzieller Teilhabe an Windenergieprojekten in den Ländern

„Segel setzen. Bundesländer als Motoren einer nachhaltigen Energiewende“

am 15. und 16. Januar 2019 am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam

Ergebnispapier

Inhalt

Inhalt	1
Konzept, Ziele und Leitfragen	1
Keynotes	2
Prof. Dr. Ortwin Renn: <i>Beteiligung - Teilhabe - Akzeptanz: Dimensionen einer nachhaltigen Energiewende</i>	2
Christian Felber: <i>Gemeinwohl-Ökonomie und Energiewende - Ein Modell mit Zukunft?</i>	3
Instrumente der Länder im Fokus	3
Das Forum Energiedialog Baden-Württemberg.....	3
Das Siegel „Faire Windparkplaner Schleswig-Holstein“.....	5
Länder Café	6
Themenforen	8
Forum I: Interessenausgleich Naturverträglichkeit im Windenergieausbau.....	8
Forum II: Flächensicherung – gängige Praxis und Alternativen.....	10
Anhang: Programm	11

Das vorliegende Ergebnispapier fasst Inhalte und Ergebnisse des Fachaustauschs zusammen.¹ Das Programm befindet sich im Anhang.

Ansprechpartner: Frank Sondershaus (FA Wind), Boris Gotchev (IASS), Dr. Kristin Nicolaus (IASS)

Konzept, Ziele und Leitfragen

Der Fachaustausch wurde gemeinsam vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) und der Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind) veranstaltet.

Der nichtöffentliche Workshop bot einen interaktiven Rahmen, um ausgewählte Themen zu Öffentlichkeitsbeteiligung und finanzieller Teilhabe intensiver zu beleuchten, Fragen der Teilnehmenden aufzugreifen und miteinander ins Gespräch zu kommen. An der Veranstaltung nahmen insgesamt 42 Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien des Bundes- und der Länder, der Landesenergieagenturen, Ak-

¹ Es handelt sich um eine Zusammenfassung aus Sicht der Organisatoren. Einzelne Teile wurden mit Referenten abgestimmt.

teure² aus dem Naturschutz, der Windenergiebranche, Forschung und den Kommunen teil. Im Zentrum des Workshops standen mehrere Beteiligungsansätze aus den Bundesländern. Das Forum Energiedialog Baden-Württemberg und das Siegel „Faire Windparkplaner in Schleswig Holstein“ wurden jeweils in einem eigenen Programmpunkt präsentiert, von Praxisakteuren kommentiert und in Tischgruppen diskutiert. In einem an das World Café-Format angelehnten „Länder Café“ wurden Themen, Instrumente und Initiativen aus sechs weiteren Ländern diskutiert.

Abgeschlossen wurde das Programm von zwei parallelen Foren. In Forum 1 wurde Naturschutz im Kontext von Akzeptanz und Beteiligung diskutiert. In Forum 2 wurde das Thema Flächensicherung und mögliche Alternativen zur gängigen Praxis reflektiert.

Keynotes

Die beiden Veranstaltungstage wurden jeweils mit Eröffnungsreden eingeleitet. Zu Beginn des ersten Tages reflektierte Prof. Dr. Ortwin Renn (IASS) Beteiligung und Teilhabe als Dimensionen einer nachhaltigen Energiewende. Am Morgen des zweiten Tages präsentierte der Autor Christian Felber das Wirtschaftsmodell der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) im Kontext der Energiewende. Die Praxisrelevanz des Modells wurde anschließend anhand des nach GWÖ evaluierten Bürgerwindparks Grenzstrom Vindtved erläutert.

Prof. Dr. Ortwin Renn: *Beteiligung - Teilhabe - Akzeptanz: Dimensionen einer nachhaltigen Energiewende*

IASS-Direktor Ortwin Renn skizzierte einleitend die Anforderungen an eine nachhaltige Energiewende, in der nicht nur Klima- und Umweltschutz, sondern auch ressourcenschonende Wirtschaftsweisen und auf gegenseitige Anerkennung und friedliche Konfliktaustragung ausgerichtete Beziehungen in ihren Wechselbeziehungen einbezogen werden müssen. Bei Beteiligungsverfahren sei Transparenz wichtig: Wenn die Entscheidungen für eine bestimmte Energieanlage bereits getroffen seien, müsse man dies ehrlich kommunizieren, aber dies dann nicht als Bürgerbeteiligung inszenieren.

Die Forschung zeige, dass Akzeptanz für bereits getroffene Entscheidungen nicht über Beteiligung geschaffen werden könne. Zunächst sei es wichtig verschiedene Formen der Akzeptanz zu unterscheiden: Die Minimalform bestehe aus der passiven Toleranz gegenüber einer Windenergieanlage im direkten Umfeld. Diese unterscheide sich von der positiven Einstellung oder dem proaktiven Engagement, beispielsweise einer Bürgerinitiative pro-Windkraft. Passive Toleranz als alleinige Form der Akzeptanz, sei oft kein solides Fundament. Änderten sich die Rahmenbedingungen, so könne diese Form der Akzeptanz schnell kippen.

Die Forschung unterscheide vier zentrale Akzeptanzfaktoren von Infrastrukturprojekten bei Betroffenen und Stakeholdern:

1. *Einsicht* in die Notwendigkeit einer Maßnahme,
2. *Selbstwirksamkeit* und der Glauben, mit dem eigenen Handeln etwas bewirken zu können,
3. ein erkennbarer *Nutzen* für sich selbst, die Allgemeinheit oder zumindest einen Personenkreis, den man schätzt, und
4. die *emotionale Identifikation* mit einem Vorhaben.

Selbstwirksamkeit könne in Beteiligungsverfahren dann erfahren werden, wenn sich das eigene Handeln im Ergebnis wiederfinden lässt. Die finanzielle Teilhabe an einem Projekt, insbesondere durch Eigentum, sei einer emotionalen Identifikation oftmals zuträglich. Als Entscheidungsträger müsse man sich genau überlegen, bei welchen Themen man kommuniziere und bei welchen man wirkliche Beteiligung, das heißt eine aktive Mitwirkung an der Entscheidung, ermöglichen könne und wolle. Man solle

² Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird überwiegend die männliche Schreibweise verwendet. Wir weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass die ausschließliche Verwendung einer Form explizit geschlechterunabhängig verstanden werden soll.

die Grenze weder zu weit noch zu eng setzen: Entweder käme man dann man zu keiner Entscheidung oder die Bürger fühlten sich von Entscheidungen zur Gestaltung ihrer Lebensumwelt ausgeschlossen.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, wie mit professionell organisiertem Widerstand gegen Windenergieprojekte umgegangen werden könne. Ein Patentrezept aus der Forschung gebe es nicht, allerdings können verschiedene Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um produktiv mit Konflikten umzugehen. Etwa lokale (Positiv-)Koalitionen aufzubauen, Bürgerforen per Zufallsauswahl bilden oder Kritiker nach Alternativvorschlägen befragen.

Christian Felber: *Gemeinwohl-Ökonomie und Energiewende - Ein Modell mit Zukunft?*

Christian Felber, freier Publizist und Initiator der internationalen [Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung](#), stellte das Potenzial der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) für eine nachhaltige Energiewende vor. Grundgedanke der GWÖ ist, dass Geld Mittel zur Erreichung des Gemeinwohls und nicht Zweck des Wirtschaftens sein solle. Dieser Grundgedanke sei in zahlreichen Verfassungen verankert, bspw. auch im deutschen Grundgesetz oder den Landesverfassungen Baden-Württembergs und Bayerns eingeschrieben.

Ein wesentlicher Baustein zur Umsetzung einer ethischen Ausrichtung der Wirtschaft sei die sogenannte Gemeinwohl-Bilanz. Sie ergibt sich aus einer Matrix vielfältiger Indikatoren, und ermögliche es dem jeweiligen Unternehmen ermöglicht ihren betriebswirtschaftlichen Erfolg mit Blick auf die Verwirklichung von Grundwerten zu messen. Dazu gehören Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Mitentscheidung und Transparenz. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Zertifizierung von Unternehmen, Kommunen und regionalen Gebietskörperschaften. Bilanzierte Unternehmen oder Kommunen würden bereits stellenweise gefördert. Offen blieb in der anschließenden Diskussion, wie die GWÖ auf überregionaler Ebene umsetzbar sei.

Über seine Erfahrungen mit der Umsetzung der GWÖ-Bilanzierung berichtete Horst Leithoff, Geschäftsführer eines Bürgerwindparks in Schleswig-Holstein. Die Ansprüche seien sehr hoch, die GWÖ-Bilanzierung seines Windparks dauerte knapp neun Monate. Um eine hohe Punktzahl in der Gemeinwohlbilanzierung zu erreichen, seien nicht nur das Geschäftsmodell, sondern auch etwa die Gesundheit- und Gleichstellungspolitik des Betriebs oder die Finanzierungspraxis der Kreditgeber relevant. Zum Beispiel sei es bei der Gründung des Bürgerwindparks Grenzstrom Vindtved nicht leicht gewesen, überhaupt einen Bankkredit zu bekommen – nach der Gemeinwohl-Bilanz der Banken hätten er und seine Kollegen damals nicht gefragt. Doch da der Bürgerwindpark die erwirtschafteten Gewinne breit an die Anwohner, Landeigentümer und Gemeinden in der direkten Umgebung verteile und regenerativer Strom erzeugt werde, sei die Punktzahl vergleichsweise hoch. Gerade aufgrund der Denkanstöße aus dem Prozess der Bilanzierung sei die GWÖ ein gutes Mittel, sich selbst kritisch mit seinem Unternehmen auseinanderzusetzen.

Instrumente der Länder im Fokus

Das Forum Energiedialog Baden-Württemberg

Präsentation

Das Forum Energiedialog (FED) wurde als Projekt der Landesregierung von Rainer Carius (Umweltministerium BW) präsentiert. Nach drei Jahren Laufzeit wurde das FED jüngst um weitere drei Jahre verlängert. Zum Begriff „Beteiligung“ merke er an, dass dieser zunehmend an Schärfe verliere und zu Lasten der Kernbedeutung, nämlich Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeit, ausfranse.

Der Referent verdeutlichte, dass Windenergieprojekte für kleine Kommunen häufig eine erhebliche kommunikative Herausforderung darstellen, da es kaum einen potenziellen Standort gebe, an dem dazu nicht diskutiert und mitunter heftig gestritten würde. Auch Konflikte und teilweise auch eine Spaltung in den Kommunen sei die Folge. Gerade kleine Kommunen seien mit den komplexen Fragestellungen und umstrittenen Positionen im Zusammenhang mit Windenergieanlagen häufig überfordert. An dieser Stelle setze das FED als ein kostenfreies Angebot an die Kommunen, zur Unterstützung und Konfliktbegleitung, an.

Zielsetzungen des FED seien: die Konflikteskalation zu begrenzen und eine konstruktive, faire und ergebnisoffene Diskussion zu ermöglichen (1), den Gemeinderat und die Bevölkerung über die Chancen und Risiken der Energiewende besser zu informieren (2) sowie die Handlungsfähigkeit der Kommunen

zu stärken und diese bei der Entwicklung einer soliden Entscheidungsgrundlage zu unterstützen (3). Dabei gebe es keine Patentlösungen – Möglichkeiten und Verfahren müssten immer wieder individuell gestaltet werden. Schlüsselmerkmale des FED seien die Allparteilichkeit des Angebots, sowie die Verbindung aus Methoden- und Fachkompetenz. Um die allparteiliche Haltung glaubwürdig vermitteln zu können, werde das Forum ausschließlich von externen Dienstleistungsunternehmen umgesetzt. Zudem werde das FED ausschließlich im Auftrag der jeweiligen Gemeinde aktiv.

Vor den eigentlichen Aktivitäten müsse zuerst die Situation vor Ort sorgfältig untersucht werden. Bei der Umsetzung der Aktivitäten des Forums habe sich ein Ablauf in drei Phasen entwickelt: 1. Dialograum öffnen, 2. Deeskalieren und versachlichen, 3. Ergebnisphase. In die Dialogverfahren werden Fachexperten unterschiedlicher Themenbereiche eingebunden. Ziel sei es Entscheidungen der Kommunen sachlich zu fundieren und eine konstruktive Weiterarbeit zumindest so zu ermöglichen, dass sich die Konfliktparteien zumindest wieder in die Augen schauen könnten.

Unterstrichen wurde, dass die Instrumente des FED den Situationen vor Ort angepasst gestaltet und eingesetzt werden. Zum Einsatz kämen dabei beispielsweise spezifische Informationsmaterialien, öffentliche Dialogveranstaltungen, zielgruppenspezifische Formate wie Workshops oder Runde Tische, Begehungen/Exkursionen, Beratungsgespräche und Handreichungen für kommunale Entscheidungsträger. Neben Windenergieprojekten sei das FED u. a. auch bei Projekten mit Freiflächenphotovoltaik aktiv.

Statements

Das Forum Energiedialog wurde von Marcus Schafft (Bürgermeister Stadt Riedlingen) und Rolf Pfeifer (endura kommunal) in vorbereiteten Statements kommentiert:

- Grundsätzlich wurde das FED als Angebot von beiden Statementgebern positiv bewertet und als Initiative des Landes begrüßt.
- Das Konfliktpotential von Windenergieprojekten in BW sei auch deshalb relativ hoch, weil viele potenziell geeignete Standorte aus topographischen Gründen häufig auf Bergrücken lägen, die gleichzeitig auch Gemarkungsgrenzen der Nachbarkommunen seien. Zudem seien viele Bürgermeister damit überfordert den großen Rahmen hinter der Energiewende zu erklären.
- Das FED könne zur Konfliktdeeskalation beitragen, indem Informationen gegeben und Gespräche über die Chancen und Risiken begonnen und öffentlich geführt werden.
- Das Forum erleichtere es den Bürgermeistern auch, sich aus der vordersten Linie im Konflikt ein Stück herausnehmen zu können.
- Angemerkt wurde, dass das FED keine weiterführende Umsetzungsberatung anbiete. Mit der politischen Entscheidung für die Umsetzung eines Windenergieprojekts ende die Unterstützung durch das FED. Hier fehle eine weitere Unterstützung für die Kommunen, sie seien mit ihren rechtlichen und praktischen Fragen dann wieder auf sich allein gestellt.

Diskussionsergebnisse

Die Diskussionen an den sechs moderierten Gesprächstischen widmeten sich zunächst der Reflexion von Stärken und Schwächen. Zudem wurden offene Fragen und wichtige Themen gesammelt. Folgende Aspekte können hervorgehoben werden:

Als Stärke des FED wurde dessen Allparteilichkeit aufgefasst. Zwar sei das FED öffentlich finanziert, und im Auftrag des Ministeriums tätig, gleichzeitig werde es aber von externen Dienstleistungsunternehmen umgesetzt. Es würden alle Konfliktparteien berücksichtigt und nicht ausschließlich die-

jenigen, die für die Windenergie eintreten. Allerdings müsse Allparteilichkeit stets reflektiert und vertrauensvoll erworben werden. Den eventuellen Ruf der Parteilichkeit werde man sonst nur schwer wieder los. Zudem werde durch gute Information und Kommunikation Sachlichkeit und Transparenz ermöglicht. Kommunen würden entlastet und ein aktiver Umgang mit Konflikten ermöglicht.



Abbildung 1: Tischdiskussionen in Länderblock (Bild. FA Wind)

Als Schwäche wurde benannt, dass das FED nur im Auftrag einer Kommune aktiv werden könne. Liege ein solches Mandat nicht vor, könne das FED auch dann nicht aktiv werden, wenn Projektentwickler, Bürgerinitiativen oder Naturschutzgruppen dies forderten. Die Unterstützung der Kommunen durch das FED im Rahmen von Bürgerentscheiden wurde als schwierig und riskant bewertet, da die jeweiligen Positionen häufig schon festgefahren seien. Bei solchen Abstimmungen seien zudem meist unterschiedliche thematische Ebenen relevant. So werde implizit oftmals auch über Entscheidungsträger abgestimmt und nicht nur über die Abstimmungsfrage an sich. Aktive Pro-Gruppen fehlten häufig vor Ort. Außerdem fehle eine Verknüpfung mit kommunalen Klimazielen. Kritisiert wurde, dass das FED im Prozess zu spät ansetze, nämlich erst dann, wenn Konflikte bereits sichtbar und spürbar seien. Dialoggestaltung und Konfliktklärung bräuchten dann viel Zeit und seien ggf. nur noch bedingt möglich.

Offene Fragen bezogen sich insbesondere auf die Dokumentation und Evaluation der Erfahrungen aus den Einzelfällen. Unklar war auch, ob und wie Möglichkeiten finanzieller Teilhabe im Rahmen des FED aufgegriffen würden.

Als wichtige Themen wurden genannt, dass die jeweiligen Angebote auf die Rahmenbedingungen im jeweiligen Bundesland abgestimmt sein müssten. Zudem müsse auch die Wertschöpfung vor Ort gesichert und gut kommuniziert werden. Hinsichtlich der konkreten Umsetzung wurden methodische Themen benannt: bspw. die Zusammensetzung der Dialoggruppen, Repräsentativität und den Umgang mit Gegnern in Diskussionen. Am Beginn eines Dialog- oder Beteiligungsprozesses müsse Kommunikation stehen, diese müsse sehr frühzeitig ansetzen.

Das Siegel „Faire Windparkplaner Schleswig-Holstein“

Präsentation

Das von Vertretern der Windenergiebranche in Schleswig-Holstein initiierte, im Mai 2018 gestartete [Siegel „Faire Windparkplaner Schleswig-Holstein“](#), wurde von Marina Blohm (Prüfstelle faire Windparkplaner SH) vorgestellt. Ziel der Initiative sei es gewesen, einen Anreiz für einen transparenten fairen Planungsprozess zu setzen. Grundlage für die Diskussionen sei das Siegel „Faire Windenergie Thüringen“ gewesen („ThEGA-Siegel“), wobei eigene Akzente gesetzt wurden.

Das Siegel wurde in Zusammenarbeit eines Sachverständigenausschusses (Beirat) entwickelt und federführend vom Wind Energy Technology Institute (WETI) der Hochschule Flensburg in eine Leitlinie umgesetzt. Der Beirat setzte sich aus zwölf verschiedenen Akteursgruppen zusammen und habe die einzelnen Kriterien maßgeblich definiert. Zertifizierte Projektentwickler verpflichteten sich auf die Einhaltung der Leitlinie.

Das Prüfverfahren werde nach dem Vier-Augen-Prinzip von der Prüfstelle und einem/einer externen Sachverständigen übernommen.

Wesentliche Unterschiede zum Thüringer Siegel bestünden im organisatorischen Unterbau: Anders als in Thüringen gebe es für das Siegel in Schleswig-Holstein keine Servicestelle, um Akteure in den Kommunen, des Naturschutzes oder Öffentlichkeit beim der Umsetzung des Siegels zu beraten. Die Prüfstelle selbst sei nur Ansprechpartnerin für Planungsunternehmen. Die Kosten für das Siegel trügen, anders als in Thüringen, die zertifizierten Unternehmen selbst. Diese beliefen sich auf jeweils rund 10.000 Euro pro Jahr. Die gegenwärtig 28 Einzelkriterien des SH-Siegels gliedern sich in vier Kategorien: 1. Information und Transparenz im Planungsprozess, 2. fairer Umgang mit Verträgen, 3. finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten, 4. regionale Unterstützung und Wertschöpfung.

Eine wesentliche Herausforderung bestehe in der momentanen Zurückhaltung der Branche sowie der Tatsache, dass der Regionalplan im Jahr 2015 gerichtlich gekippt worden sei und sich seitdem in der Neuaufstellung befinde: Aktuell (Mitte Januar 2019) seien lediglich zwei Unternehmen zertifizierte Träger des Siegels, 15 bis 20 Unternehmen zeigten jedoch Interesse und würden nach Inkrafttreten des neuen Regionalplanes (voraussichtlich 2020) neu über eine Siegelpartnerschaft entscheiden.

Statements

Das Siegel wurde von Margrit Hintz (Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein) und Doris Lorenz (EnergieBürger Schleswig-Holstein) kommentiert, beide Statementgeberinnen sind auch Mitglieder des Siegel-Beirats:

- Das Siegel werde grundsätzlich begrüßt. Die Diskussionen im Beirat seien sowohl kontrovers als auch konstruktiv verlaufen und hätten einen wichtigen Beitrag zur Erarbeitung der Leitlinie geleistet. Mit der Hochschule Flensburg verfügten Siegel und Leitlinien über eine neutrale Trägerschaft.
- Bei Gütesiegeln werde von der Öffentlichkeit in der Regel geprüfte Sicherheit erwartet. Das Siegel für Projektentwickler werde jedoch im Vorhinein vergeben und die Projektentwickler damit lediglich vertraglich zur Einhaltung der Kriterien verpflichtet (Selbstverpflichtung). Die Überprüfung der Selbstverpflichtung erfolge dann erst nach Siegelvergabe.
- Das Siegel solle eine Wertegemeinschaft verkörpern. Gleichzeitig sei es aber auch ein Geschäftsmodell.
- Da die Flächen in Schleswig-Holstein bereits vertraglich gesichert seien – und somit auch die jeweiligen Projektentwickler feststünden – stelle sich die Frage, inwieweit sich dieses auf die Wirksamkeit des Siegels auswirke.

Diskussionsergebnisse

Diskussionsergebnisse wurden auf Karten notiert im Plenum präsentiert und nach Stärken/Chancen, Schwächen/Risiken, wichtigen Themen und offenen Fragen strukturiert gesammelt.

Eine wichtige Funktion und Stärke des Siegels sei die Sensibilisierung der Branche und dessen Außenwirkung. Das Siegel biete die Chance, Begeisterung in der Branche für das Thema zu wecken und Anreize zu setzen, Interessen des Gemeinwohls stärker mit ökonomischen Zielen zu verknüpfen. Zudem sei das Siegel aufgrund der privaten Trägerschaft von politischen Entwicklungen unabhängig. Grundsätzlich könne ein Siegel zur Akzeptanzsteigerung beitragen und auch als Informations- und Kommunikationsmittel genutzt werden.

Kritisch wurde bewertet, dass das Siegel missbrauchsanfällig sei. Zudem wurde infrage gestellt, ob mit dem Siegel wirklich ein Mehrwert für die Branche verknüpft sei. Auch würden Unternehmen möglicherweise abgeschreckt, da sie sich von einer Prüfstelle evaluieren lassen müssten, dadurch Wettbewerbsnachteile befürchten könnten würden und sie zudem noch die Kosten des Siegels tragen müssten.

Als offene Fragen und wichtige Themen wurden insbesondere folgende Aspekte genannt:

- Neben der Prüfstelle und einer – bereits im Land diskutierten – Clearingstelle wird die Einrichtung einer Servicestelle als wichtig erachtet, die als Ansprechpartnerin für alle von Windenergieprojekten betroffene Akteursgruppen agieren könne.
- Wichtig sei eine Diskussion und Auseinandersetzung mit der Notwendigkeit, den Grenzen und der möglichen Umsetzung eines bundesweiten Kriterienkatalogs für faire Windenergieprojekte – aus dem dann wiederum regionalisierte Vorgaben für einzelne Länder abgeleitet werden könnten.
- Anreizstrukturen, Marktrelevanz des Siegels und Auswirkungen auf die Projektierungspraxis sollten reflektiert werden.
- Unklar sei, wie genau das Siegel überprüft werde. Z.B.: Welche Projekte werden überprüft? Wie werden diese Projekte ausgewählt?



Abbildung 2: Metaplanwand mit Diskussionsergebnissen (Bild: FA Wind)

Länder Café

Im Länder Café wurden neue, noch nicht umgesetzte Beteiligungsinstrumente und -instrumente, sowie offenen Fragen und aktuelle Probleme aus sechs weiteren Bundesländern in kleinen Tischgesprächen vorgestellt. Ziel war es, die Fragen der jeweils Präsentierenden aufzugreifen und gemeinsam zu diskutieren. Die Diskussionen waren in zwei Runden konzipiert, so dass die Teilnehmenden jeweils zwei der folgenden sechs ‚Tische‘ besuchen konnten:

Rheinland-Pfalz – Kommunale Solidarpakte

Der Bürgermeister einer Ortsgemeinde aus Rheinland-Pfalz, stellte das dort angewandte Instrument der kommunalen Solidarpakte vor. Kern des Instruments sei ein Schlüssel zur Verteilung der Pachteinahmen zwischen Standort- und Nachbarkommunen. Damit werden von Gemeinden im Rhein-Hunsrückkreis Pachteinahmen aus Windenergieprojekten freiwillig unter den Mitgliedskommunen der Verbandsgemeinde verteilt. Ergebnis sei eine effektive und breite Teilhabe, auch derjenigen Kommunen, die zwar selbst keine WEA auf ihrem Gebiet haben, aber dennoch von Anlagen in Nachbarkommunen betroffen sind. Inwieweit das Instrument auch auf kommunale Kontexte in anderen Ländern übertragen werden könne wurde kontrovers diskutiert.

Brandenburg - Maßnahmenpaket „Erneuerbare Energien und Bürgerinteressen im fairen Miteinander“

Seitens des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg wurde das im September 2018 vom Kabinett verabschiedete Maßnahmenpaket „Erneuerbare Energien und Bürgerinteressen im fairen Miteinander“ vorgestellt. Dieses sieht neben einer Sonderabgabe für Kommunen (1), verbesserte Beratungsangebote (2), einen verstärkten Einsatz von A&E Maßnahmen in den betroffenen Gemeinden (3), die Einführung einer Bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (4), die Sicherung der Regionalplanung (5), sowie eine Initiative zur Entprivilegierung der Windenergie im BauGB vor (6). Diskutiert wurde die Gestaltung einer Sonderabgabe (Neben Standort auch für Umkreisgemeinden? Neben Neuanlagen auch für Bestandsanlagen?), die Umsetzung von Konfliktbearbeitung sowie die Gestaltung von Angeboten zur Unterstützung von frühzeitiger Information, Dialog und Öffentlichkeitsbeteiligung.

Mecklenburg-Vorpommern – Zukunftsdialog Energiewende

Ein Mitarbeiter der Landesenergie- und Klimaschutzagentur Mecklenburg-Vorpommern präsentierte die Kampagne „Zukunftsdialog Energiewende“. Diese im Entstehen befindliche Kampagne hat das Ziel Beteiligung und Akzeptanz für Erneuerbare-Energie-Projekte zu fördern. Hierfür beinhaltet die Kampagne unterschiedliche Maßnahmen für Kommunen und Bürger. So sollen Kommunen bei der Entstehung von Erneuerbare-Energie-Projekten durch neutrale Informationsbereitstellung beraten und unterstützt werden. Gleichzeitig diene die Kampagne dazu Bürger für das Thema der Energiewende zu sensibilisieren sowie deren Vorteile und Beteiligungsmöglichkeiten offenzulegen. Die Teilnehmenden tauschten sich über mögliche Instrumente der Informationsbereitstellung wie bspw. Factsheets aus. Besondere Aufmerksamkeit kam der Idee und Ausgestaltung eines Info-Mobiles zu. Dieses wurde von den Teilnehmer als besonders gutes Mittel für eine bürgernahe Informationsbereitstellung wahrgenommen.

Hessen – Gute und ausgewogene Presseberichterstattung ermöglichen

Ein Vertreter der hessischen LandesEnergieAgentur (LEA) brachte ein Problem in die Diskussion ein, dass viele Länder gleichermaßen betrifft: Windenergieprojekte werden häufig von einer einseitigen Berichterstattung der Presse begleitet, die plakativ sein soll und deshalb gern extreme Haltungen widerspiegelt. Am Tisch wurden Fragen rund um eine gute Zusammenarbeit mit der Presse diskutiert. Dazu gehörte nicht nur die Kontaktaufnahme mit Vertretern der Presse, sondern auch verschiedene Wege und Formate diese inhaltlich zu informieren (Stichworte: Pressegespräche, Hintergrundgespräche). Des Weiteren wurden Maßnahmen, wie pädagogische Weiterbildungsfahrten, Kampagnen und die Nutzung sozialer Medien besprochen, die von der Presse aufgenommen oder gar begleitet werden können. Insgesamt wurde betont, dass es wichtig sei, eine positive Berichterstattung zu etablieren, um der Negativberichterstattung etwas entgegensetzen zu können.



Abbildung 3: Gesprächstische im Länder Café

Nordrhein-Westfalen – Kreative Ausgestaltung der (informellen) Öffentlichkeitsbeteiligung

Eine Mitarbeiterin der EnergieAgentur.NRW diskutierte mit den Teilnehmenden mit welchen kreativen und innovativen Beteiligungsformaten die engen Spielräume bei der Windenergieplanung genutzt werden können. Kommunen sind durch die rechtlichen Bedingungen in den jeweiligen Ländern enge, und jeweils sehr unterschiedliche Spielräume gesetzt, Projektierungsunternehmen durch die Raumordnung. Diskutiert wurden unter anderem Bürgerausstellungen und Infomessen sowie die Entwicklung von Szenarien und Kriterien als Formate, in denen Bürger informiert und konsultiert werden. Zudem wurden digitale Visualisierungen, Educational Games und Science-Slam-Formate andiskutiert.

Schleswig-Holstein – Siegel „faires Bürgerwindrad“

Ein Vertreter des BWE-Landesverbandes Schleswig-Holstein präsentierte eine geplante Initiative zur Zertifizierung von Windrädern, die Bedingungen eines „fairen Bürgerwindrads“ erfüllten. Auslöser für diese Initiative sei die wahrgenommene Verwässerung des Begriffes der Bürgerenergiegesellschaft mit der Definition aus dem Erneuerbare-Energien Gesetz 2017. Zusätzlich zum Siegel „faire Windparkplaner“ könne eine solche Zertifizierung diejenigen Bürgerwindparks erfassen, welche sich um eine transparente Planung und Bürgerbeteiligung bemühen. Zusätzlich weisen diejenigen Bürgerwindparks anhand eines Fragebogens nach, dass die Wertschöpfung vor Ort und eine direkte finanzielle Beteiligung der Anwohner nach gewissen Leitlinien stattfindet. „Faire Bürgerwindräder“ sollen mit einer Auszeichnung direkt am Turmfuß sichtbar gemacht werden.

Themenforen

Zum Ende der Veranstaltung fanden zwei parallele Foren statt. In Forum I wurde der Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Anwohnern und der Windbranche diskutiert. Forum II beschäftigte sich mit Praktiken der Flächensicherung und möglichen Alternativen dazu. Die Teilnehmer konnten sich für die Beteiligung an einem der beiden Foren entscheiden.

Forum I: Interessenausgleich Naturverträglichkeit im Windenergieausbau

Das Forum wurde eröffnet mit einem Impulsvortrag von Wolfgang Peters (Bosch & Partner), der unter dem Titel: „Die Rolle der Naturverträglichkeit und Beteiligung im Konzert der Akzeptanzfaktoren“ von Erfahrungen aus der begleitenden Planungs- und Genehmigungspraxis und dem laufenden Forschungsprojekt AcceptEE berichtete. Einleitend stellte Wolfgang Peters fest, dass es unterschiedliche Deutungen mit Blick auf Naturverträglichkeit gebe. Bei der Windenergie lasse Naturverträglichkeit im Sinne von artenschutzrechtlicher Zulässigkeit keine Verhandlungsspielräume, Landschaftsbildverträglichkeit dagegen schon.

Im Fokus des Forschungsvorhabens [AcceptEE](#), welches vom Bundesamt für Naturschutz gefördert wird, stehe die Frage, welche Faktoren im Spannungsfeld von Natur- und Umweltschutz und Anwohnerinteressen die persönliche Haltung gegenüber Wind-, Solar- und Biogasanlagen beeinflussen. Ein interdisziplinäres Forschungsteam entwickelte zunächst ein Modell von erfassbaren Akzeptanzfaktoren. Das theoretische Modell wurde dann in der Praxis anhand von drei Fallregionen überprüft, die sich in ihren Eigenschaften (z.B. EE-Ausbau) und auch bezüglich der potenziellen Konflikte im Sinne des Forschungsinteresses optimal ergänzen: Neuenkirchen (Schleswig-Holstein), Heldrungen (Thüringen) und die Stadt Lauterstein (Baden-Württemberg).

In einem zweistufigen Verfahren wurden zunächst Interviews mit Experten (ca. 30 Experten aus örtlicher Umwelt- und Bauämtern sowie Naturschutzbehörden, Bürgermeister, Projektentwickler, sowie von Natur- und Umweltschutzverbände etc.) geführt. Anschließend wurden Anwohner befragt. Daran beteiligten sich in den drei Orten überwiegend persönlich, aber auch online, insgesamt 158 Bürger zwischen 18 und 84 Jahren. Ein Großteil der Befragten wurde per Zufallsprinzip ausgewählt und direkt (z.B. im öffentlichen Raum) angesprochen, ein kleinerer Teil nahm auf eigene Initiative nach Aufrufen in der Lokalpresse teil.

Im Ergebnis bestätigten die Experten die abgefragten Akzeptanzfaktoren, etwa wirtschaftliche Teilhabemöglichkeiten der Bürger an dem Projekt, der Ablauf der Planungs- und Genehmigungsprozesse, die Akteurskonstellationen vor Ort und die Einschätzung der Umweltverträglichkeit der örtlichen Anlagen in Bezug auf Natur, Mensch und Landschaft in ihrer Relevanz. Die Sichtbarkeit der Anlagen und wahrgenommene Änderungen des Landschaftsbildes sowie die Glaubwürdigkeit örtlicher Schlüsselakteure (Bürgermeister, intermediäre Organisationen) wurden in den Interviews als besonders wichtig für persönliche Haltungen eingeschätzt. Die statistische Auswertung und abschließende Analyse der Anwoh-

nerbefragung dauere noch an. Erste Zwischenergebnisse in Bezug auf Natur- und Anwohnerschutz deuteten auf ähnliche Meinungsbilder in allen Regionen hin. Beispielsweise nahmen Anwohnende jeweils nur in geringem Maße wahr, ob und in welcher Form sowohl ihre eigenen Schutzinteressen als auch die gegenüber Natur und Landschaft berücksichtigt werden. Die Experten wiesen indessen auf die in den Genehmigungsprozessen zum Teil geplanten und umgesetzten Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen hin. In den kommenden Projektphasen werden die Ergebnisse der Anwohnerbefragung statistisch ausgewertet und mit weiteren Forschungsarbeiten abgeglichen, um zielgruppenspezifische Kommunikationsempfehlungen zu entwickeln.

In der Diskussion dazu wurde angemerkt, dass sich Schlussfolgerung aus den drei Fallregionen nicht in allgemeingültige Aussagen überführen ließen. Der jeweilige lokale Kontext (Stimmung im Ort, Vorgeschichte, Beziehungsgeflecht, etc.) entscheide maßgeblich über die Akzeptanz von Windenergieanlagen und oft gebe es einen herausragenden Konfliktfaktor.

Im Anschluss an den Vortrag erläuterten Inga Römer (NABU) und Magnus Wessel (BUND) in kurzen Statements die Vorstellungen und Wünsche der Naturschutzverbände, in die Planungen und Umsetzungen von Windenergieanlagen integriert zu sein.

Inga Römer bestärkte zunächst, dass sich der NABU (gerade auf Bundes- und Landesebene) grundsätzlich für den Ausbau der Windenergie ausspreche. Dem Verband ginge es vielmehr darum, einen – aus naturschutzfachlicher Sicht - qualitativ hochwertigen Ausbau zu erreichen. Der NABU konzentriere sich hier auf den Artenschutz. Landschaftsbildliche Belange spielten für den Verband keine große Rolle. Ein qualitativ hochwertiges Planungsergebnis ließe sich jedoch nur erreichen, wenn Naturschutzbelange frühzeitig in die Planungen integriert würden. Auch hier seien Beteiligung und Transparenz ausschlaggebend. Ideal wäre es, wenn sich die Projektierungsunternehmen bereits vorab an den jeweiligen Landesverband wenden würden, um gemeinsame Absprachen für Lösungen oder Kompensationsmöglichkeiten zu treffen. Zwar gebe es in einigen Regionen Gespräche mit den Naturschutzverbänden, eine Verbindlichkeit des Gesagten sei jedoch nicht gegeben. Bisherige Erfahrungen führten vor allem zu dem Wunsch, wechselseitig ehrlicher miteinander umzugehen und mit offenen Karten zu spielen.

Magnus Wessel (BUND) ergänzte in seinem Statement, dass die höchste Akzeptanz noch immer die Energie habe, die gar nicht erst verbraucht werde und machte damit darauf aufmerksam, dass das Thema der Energieeinsparung zu wenig angegangen werde. Auch gab er zu bedenken, dass Kompensationsmaßnahmen nicht zwangsläufig die Akzeptanz für Windenergieanlagen erhöhen würden. Das Mitentscheiden darüber, ob überhaupt gebaut würde, bleibe für die Menschen emotional essentiell. Das strittige Thema Artenschutz, ganz im Speziellen der Schutz des Rotmilans, könne nicht von einem politischen Ressort allein angegangen werden. Die Windbranche müsse hier ausbaden, was in anderen Ressorts (wie der Landwirtschaft) zuvor verpasst wurde. Deshalb sei es notwendig eine übergreifende Zusammenarbeit wieder verstärkt zu fördern und anzugehen. Insgesamt möchten die Verbände in die Verfahren integriert sein. Gerade auf kommunikativer Ebene sei das noch ausbaufähig. Wessel bat die Teilnehmer des Forums außerdem darum, zwischen Leserbriefen und Verbandspositionen zu differenzieren. Alle Seiten müssten der Instrumentalisierung von Positionen entgegenwirken.

In der Diskussion wurde zunächst auf die Unterschiede von Verbandsposition auf Bundes- oder Landesebene und den lokalen und Kreisgruppen der Verbände verwiesen. Problem sei doch, so eine Diskussionsposition, dass die Naturschutzverbände auf der lokalen Planungsebene oft sehr grundsätzlich gegen die Windenergie agierten. Damit stand die Frage im Raum, wie sich zwischen den Ebenen innerhalb der Organisationen eine Einigkeit herstellen lassen könne.

Mit dem Avifaunistischen Erlass in Thüringen wurde ein Positivbeispiel eingebracht. Es seien nämlich Vorgaben geschaffen worden, an die sich die Projektierer auch zu halten haben. Auch mit Blick auf Nordrhein-Westfalen wurde angemerkt, dass es dort einen Artenschutzleitfaden gebe, der mit der Flächenfestlegung der Kommunen auch eine strategische Umweltprüfung fordere. Dazu gehöre auch eine Artenschutzprüfung, in welche die örtlichen Naturschutzverbände eingebunden seien. Ob ähnliche, deutschlandweite Maßnahmen oder Leitlinien in diesem Zusammenhang möglich wären, blieb in der Diskussion offen. Die aktuelle Forderung nach einer technischen Anleitung-Artenschutz, die Artenschutzbelange und Windanlagenausbau bundesweit vereinheitlichen soll, führe zu einer kontroversen Diskussion. Bundesweite Standards machten vor allem dann wenig Sinn, wenn einige Länder bereits gute Standards etabliert hätten. Als ein Vorschlag wurde genannt, dass das BMU den länderübergreifenden Austausch fördern und unterstützen könne, um somit auch die Standards in den einzelnen Ländern zu verbessern.

Forum II: Flächensicherung – gängige Praxis und Alternativen

Im Forum Flächensicherung wurde die gängige Praxis wettbewerblicher Flächensicherung thematisiert. Auf Grundlage von Ergebnissen vorausgegangener Workshops (vgl. u.a. FA Wind 2018 [Link](#)) skizzierte Frank Sondershaus (FA Wind) eingangs das häufig übliche Vorgehen, damit verknüpfte Problemstellungen und mögliche Lösungsansätze. Die wettbewerbliche Flächensicherung ‚im Verborgenen‘ könne als Hemmnis für gute frühzeitige Kommunikation und damit für Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung durch Projektentwickler gelten. Kommentiert und ergänzt wurde das Themenfeld in Impulsstatements von Frank Groß (BWE TH) und Ramona Rothe (ThEGA). Anschließend wurde die Diskussion für die insgesamt fünfzehn Teilnehmer geöffnet.

Die Inhalte der Inputs und Diskussionsbeiträge werden nachfolgend nicht-chronologisch als Synthese zusammengefasst:

Vor der Einführung des Siegels „Partner für faire Windenergie“ der ThEGA in Thüringen zielten Strategien der Projektentwicklung aktiven Unternehmen (Projektentwickler) in Thüringen darauf ab, sich den Zugang zu möglichst vielen potentiell geeigneten Flächen zu sichern. Da der Zugriff auf geeignete Flächen eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung von Windenergieanlagen darstelle, zähle die Flächensicherung zum Kerngeschäft der Branche. Aus Sicht der Unternehmen überwiege der zeitliche Vorsprung gegenüber Vorteilen, die sich aus einem transparenten Vorgehen ergeben würden.

Eigentümer von Eignungsflächen würden häufig von mehreren Projektentwicklern umworben und hätten damit eine entsprechend starke Verhandlungsposition. Ein Ergebnis davon seien häufig unverhältnismäßig hohe Pachtzahlungen. Karten mit potentiellen Eignungsgebieten seien wie Goldkarten behandelt worden. In den Ministerien sei diese Situation jedoch zunächst nicht bekannt gewesen. Mittlerweile sei der Großteil potentieller Standorte bereits vertraglich gesichert. Diese Verträge hätten häufig lange Laufzeiten über mehrere Jahrzehnte, ohne Kündigungsrecht durch den oder die Flächeneigentümer.

Zusammenhängende Eignungsgebiete würden damit in der Regel nicht einheitlich, sondern von mehreren konkurrierenden Projektentwicklern beplant. Um gesicherte Flächen für die Errichtung einer oder mehrerer Windenergieanlagen zu jeweils geeigneten Flächenkulissen zu clustern, seien Projektentwickler ggf. auf die Kooperation mit anderen vor Ort aktiven Unternehmen angewiesen. Für die Akzeptanz vor Ort sei es wichtig, dass die Branche mehr miteinander statt gegeneinander agiere.

Folgen dieser Praxis seien oftmals hohe Pachtsummen, Gerüchte, Misstrauen und Neiddiskussionen vor Ort und eine suboptimale Nutzung der Eignungsflächen. Flächenpoolverträge seien in unregulierten Konkurrenzsituationen nur schwer umsetzbar – zumal in der Flächensicherung auch zahlreiche.

Freelancer aktiv gewesen seien, die rein provisionsorientiert agiert hätten.

Mit dem Siegel habe die ThEGA-Servicestelle Windenergie ein Instrument entwickelt, das die über 50 Siegelträger auf ein transparenteres Vorgehen verpflichte. Ziel sei es hier, dass Projektentwickler bereits zu Beginn der Flächensicherung, auf die Gemeinde zuzugingen und mit Unterstützung der ThEGA abstimmen. In einem zweiten Schritt könne dann eine Eigentümerversammlung einberufen werden, in der die Eigentümer von den Vorteilen einer Poollösung überzeugt und ein Anteil für die Gemeinden vereinbart werden solle.

Bürgern sei die Praxis der Flächensicherung nicht zu vermitteln. Die Abhängigkeit der Energiewende vom Willen der Flächeneigentümer und Flächensicherung in „Wild-West-Manier“ werde als skandalös bewertet und sei für Außenstehende nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil, sie mache aus Bürgersicht schlicht wütend. Transparente faire Projektentwickler würden strukturell benachteiligt. Hier bestünde dringender Handlungsbedarf.

Pachtobergrenzen oder die öffentliche Ausschreibung von Projekten sei vor diesem Hintergrund wünschenswert. Gegenwärtig sei dies politisch jedoch kaum umsetzbar. Beim Thema Enteignung schlugen Verfassungsrechtler Alarm, obgleich ein solches Vorgehen bei Infrastrukturprojekten mit Planfeststellung üblich sei. Auch die Konzessionierung der Windenergienutzung sei eine gute Möglichkeit. Hier sei der Gesetzgeber gefragt. Eine Möglichkeit sei auch die Wirkung von Eignungsgebieten in der Regionalplanung aufzuheben und gleichzeitig zu versuchen die Auswahl von Projektentwicklern über Bedingungen zu regeln. Auch gesetzliche Anreize für Poolmodelle oder ein Recht auf kommunale Teilhabe an Flächennutzung seien denkbar.

Bis derartige Instrumente geschaffen würden, sei es wichtig, Kommunen die Situation zu erklären, ihnen ihr Verhandlungspotential bewusst zu machen und sie zu befähigen dieses zu nutzen. Siegelleitlinien auf Länderebene seien ein guter Ansatz, wenn die Akteure in anderen Ländern aber weiterhin aus rein ökonomischen Gesichtspunkten handelten, könne das Problem nicht gelöst werden. Bundesweite Leitlinien wären hier nötig.

Generell wird eine Auseinandersetzung mit dem Thema als wichtig erachtet. Es seien weitere Veranstaltungen, wie beispielsweise Barcamps, notwendig, in denen auch Kommunen eingebunden werden.

Anhang: Programm

3. Fachaustausch zu Ansätzen der Öffentlichkeitsbeteiligung und finanzieller Teilhabe an Windenergieprojekten in den Ländern:

„Segel setzen. Bundesländer als Motor einer nachhaltigen Energiewende.“

Tag 1

12:15	Begrüßungskaffee und kleiner Mittagsimbiss	
13:00 – 14:00	Begrüßung und Keynote	
	Begrüßung	Prof. Dr. Ortwin Renn, Direktor IASS Dr. Antje Wagenknecht, FA Wind
	Einführung	Frank Sondershaus, FA Wind Dr. Kristin Nicolaus, Boris Gotchev, IASS
	Keynote: „Beteiligung - Teilhabe - Akzeptanz: Dimensionen einer nachhaltigen Energiewende“	Prof. Dr. Ortwin Renn, Direktor IASS
14:00 – 15:45	Länderblock I: Forum Energiedialog Baden-Württemberg	
	Input: Forum Energiedialog Baden-Württemberg – eine Bilanz	Rainer Carius (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg)
	Statements von Praxisakteuren	Rolf Pfeifer (endura kommunal) Marcus Schafft (Stadt Riedlingen)
	Diskussion in moderierten Tischgruppen	
	Ergebnispräsentation und Diskussion im Plenum	
15:45 – 16:15	Kuchenpause	
16:15 – 18:00	Länder Café	
	Kurzpräsentation der Themen	
	Austausch zu aktuellen Themen, Ansätzen und Instrumenten aus den Ländern	Ländertische mit Vertretern aus: Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein
	TN können die Tische einmal wechseln	
	Ergebnispräsentation	
18:00-18:10	Zwischenfazit und Ausblick auf Tag 2	IASS & FA Wind
ab 19:00	Gemeinsames Abendessen	

Tag 2

ab 9:00	Ankommen mit Morgenkaffee	
9:30 – 10:15	Keynote und Diskussion zu Gemeinwohl-Ökonomie	
	Keynote: „Gemeinwohl-Ökonomie und Energiewende – Ein Modell mit Zukunft?“	Christian Felber, Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie und IASS Senior-Fellow
	Statement und Diskussion	Statement von Horst Leithoff (BWE Bürgerwindbeirat, Bürgerwindpark Grenzstrom Vindtved)
10:15 – 12:00	Länderblock II: Das Siegel faire Windparkplaner Schleswig-Holstein	
	Das SH Siegel in der Umsetzung	Marina Blohm, Prüfstelle Faire Windparkplaner SH (SCS Hohmeyer Partner)
	Statements von Praxisakteuren	Doris Lorenz, Energiebürger SH Margrit Hintz, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein
	Diskussion in moderierten Tischgruppen	
	Ergebnispräsentation und Diskussion im Plenum	
12:00 – 12:15	Kurze Kaffeepause	
12:15	Forenblock	
	Forum 1: Interessenausgleich Naturverträglichkeit im Windenergieausbau	Forum 2: Flächensicherung – gängige Praxis und Alternativen
	Die Rolle der Naturverträglichkeit und Beteiligung im Konzert der Akzeptanzfaktoren Dr. Wolfgang Peters (Bosch & Partner)	Inputs von Frank Groß (BWE TH) und Ramona Rothe (ThEGA)
	Statements von Inga Römer (NABU) und Magnus Wessel (BUND)	moderierte Diskussion Moderation: Frank Sondershaus (FA Wind)
	moderierte Diskussion Moderation: Boris Gotchev (IASS)	
13:45 – 14:30	Programmende und Mittagsimbiss	